

JUGOSLAWIEN

# Vor dem Krieg ist nach dem Krieg

**Das zivile Krisenmanagement der Europäischen Union steckt noch immer in den Kinderschuhen. Eine Woche vor der internationalen Geberkonferenz für Jugoslawien in Brüssel scheinen auch materielle Versprechen der EU die Krise in Mazedonien nicht stoppen zu können.**

Der Anfang vom Ende begann vor genau zehn Jahren. 25. Juni 1991: Nach wochenlangen Auseinandersetzungen um die Wahl des neuen Bundespräsidenten beschließen die Parlamente Sloweniens und Kroatiens den Austritt ihrer Republiken aus der jugoslawischen Föderation.

Der Zerfall der Sozialistischen Föderalistischen Republik Jugoslawien (SFRJ) ist nach den Unabhängigkeitserklärungen der beiden wohlhabenderen Teilrepubliken im Norden nicht mehr zu stoppen. Zwar gelingt es der Europäischen Gemeinschaft (EG) Anfang Juli noch, die serbische Seite von der Wahl des kroatischen Kandidaten Stipe Mesic zum Präsidenten des Gesamtstaats zu überzeugen.

Slowenien und Kroatien erklären sich im Gegenzug dazu bereit, die Sezession für drei Monate auszusetzen. Doch die Eskalation des bereits im Sommer 1990 begonnenen Streits um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Serbien auf der einen und den beiden Nordrepubliken auf der anderen Seite kann auch die EG nicht mehr aufhalten. Nach

einer kurzen Feuerpause gehen die Scharmützel zwischen Soldaten der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) und kroatischen Paramilitärs in offene militärische Auseinandersetzungen über. Der Kroatien-Krieg beginnt.

## Stabilitätspakt als nachholende Krisenprävention

Zehn Jahre und zwei Kriege später ist die Europäische Union mit ihren Instrumenten ziviler Konfliktschlichtung auf dem Balkan immer noch nicht vorangekommen. Auch wenn offen ist, ob die seit Wochen andauernden Kämpfe zwischen mazedonischen Regierungstruppen und den bewaffneten Separatisten der Nationalen Befreiungsarmee UCK die Schwelle zum fünften Balkan-Krieg überschreiten, hält die EU bis heute kein überzeugendes Konzept für ein vorbeugendes Krisenmanagement in der Region parat.

Noch mehr zu schaffen machen aber dürfte den Politikern in Paris, Brüssel, Straßburg und Berlin etwas Anderes: Hohe Zollbarrieren zwischen den früheren jugoslawischen Republiken, immense

Auslandsschulden und erbitterter Streit um die Verteilung von Geldern, die 1991 schon das Ende des alten Jugoslawien einleiteten, stehen einem wirtschaftlichen Aufschwung in Südosteuropa immer noch entgegen.

Anfang des Jahres konnten sich die Minister von sieben Balkan-Staaten gerade einmal zu einer Absichtserklärung durchringen: Die bisher gültigen Zollbestimmungen sollen durch völlige Zollfreiheit zwischen den Unterzeichnerstaaten ersetzt werden. Die EU räumt ihnen dafür die zollfreie Einfuhr von rund 90 Prozent der in Südosteuropa produzierten Güter ein. Bis wann die Zollgrenzen fallen sollen, ist allerdings unklar - alte Rivalitäten stehen einem gemeinsamen südosteuropäischen Selbstverständnis weiterhin im Wege.

Als eine Form nachholender Krisenprävention, lässt sich daher der im Frühjahr 1999 aus der Taufe gehobene Stabilitätspakt für Südosteuropa bezeichnen, dessen Mitglieder am Freitag nächster Woche in Brüssel zusammenkommen. Der Pakt könnte die im letzten Jahrzehnt geschaffene Grenzen zumindest öko-

nomisch überwinden. Der deutsche Außenminister Joseph Fischer, der während des Kosovo-Krieges die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, hatte ihn gar als neuen "Marshallplan" angekündigt. Nach der Bombardierung Jugoslawiens stand das Bündnis zunächst ganz im Zeichen der Gewissensberuhigung der EU-Staaten.

Im März letzten Jahres wurde der Pakt mit zusätzlichen 2,4 Milliarden Euro ausgestattet. Trotz aller Ankündigungen, auf Krisen künftig früher zu reagieren, konnten jedoch weder die Vertreibung von rund 200.000 Serben, Roma und Juden aus dem Kosovo, noch die von der nationalistischen UCK in Mazedonien angezettelten Auseinandersetzungen mit Armee- und Polizeieinheiten verhindert werden.

## Kooperationszone um den Hot Spot

Der Sonderkoordinator des mit 40 Diplomaten personell relativ dünn besetzten Stabilitätspakts weist solche Ansprüche allerdings von sich: "Wir haben kein Instrumentarium für einen heißen Konflikt. Wir können nur dafür sorgen, dass um den Hot Spot herum eine Kooperationszone angelegt wird, damit sich der Konflikt nicht wie ein Flächenbrand verbreitet", so Bodo Hombach. Er verstehe den Pakt lediglich als Scharnier zwischen den Mitteln der präventiven Diplomatie und massiven militärischen Intervention wie im Kosovo.

Dennoch werfen Kritiker dem zu 85 Prozent aus EU-Mitteln finanzierten Pakt politische Rhetorik vor, das Konzept einer langsamen Integration in NATO und EU könne schon deshalb nicht für eine nachhaltige Konfliktvorbeugung sorgen, weil die anvisierten Wartezeiten für die Balkan-Staaten viel zu lang seien. "Der Stabilitätspakt hält vorderhand viel Papier und wenig Substanz bereit", befand nach dem Ratstreffen der EU-Außenminister im Juni 1999 in Köln beispielsweise die "Neue Zürcher Zeitung": "Durch die Initiative soll die Bedeutung Deutschlands im Rahmen der internationalen Balkan-Diplomatie betont werden."

"Der Stabilitätspakt basiert auf der Überzeugung, dass Südosteuropa ein integraler Teil dieses unseres Kontinents Europa ist", erklärte dazu Joseph Fischer noch während des Kosovo-Krieges. Die Geschichte zeigt eine andere Entwicklung: Zwei Jahre später steht Mazedonien vor der Ausrufung des Kriegszustandes. Laut Bodo Hombach

hat ausgerechnet dieses Land bislang als einziges von der als "Licht am Ende des Tunnels" gepriesenen Assoziierung an die EU profitiert.

Doch nicht nur die Konkurrenz zwischen den Geberländern, auch der Streit um die Verteilung der nur geringen Mittel hat in den zwei Jahren seines Bestehens immer wieder zu Kritik an dem unter Schirmherrschaft der OSZE stehenden Pakt geführt. So blieben auf dem Balkan-Gipfel der EU in Zagreb im November letzten Jahres Rumänien und Bulgarien ausgeschlossen, neben Albanien wurden allein den früheren jugoslawischen Republiken Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro eine Unterstützung von 4,65 Milliarden Euro für die kommenden sechs Jahre in Aussicht gestellt.

Die neue Konkurrenz zwischen den alten Feinden nimmt bisweilen kuriose Züge an. Nach dem Sturz Slobodan Milosevics reiste die erstmals vertretene Bundesrepublik Jugoslawien gleich mit drei Delegationen nach Zagreb an: Vojislav Kostunica als jugoslawischer Präsident; für die immer noch mit der Abspaltung drohende jugoslawische Teilrepublik Montenegro kam Präsident Milo Djukanovic; und das völkerrechtlich zu Serbien gehörende Kosovo wurde von Bernard Kouchner, dem Chef der UNO-Kosovo-Mission repräsentiert. Angesichts des Streits um die dürftigen Ressourcen der Geberländer könnte es durchaus zu einer neuen Spaltung Südosteuropas führen. Dennoch verteidigt Hombach den Pakt als "Modell intraregionaler Kooperation".

Stipe Mesic, der im Juli 1991 als letzter Präsident des alten Jugoslawien das Ausschere Kroatiens und Sloweniens aus dem gemeinsamen Staatsverbund nur noch zur Kenntnis nehmen konnte, ist heute übrigens Ministerpräsident Kroatiens. Als die EU vor einem halben Jahr in Zagreb tagte, war er über die neu hinzugekommene Konkurrenz - bereits zwei Wochen nach dem Sturz Milosevics wurde Jugoslawien in den Stabilitätspakt aufgenommen - alles andere als erfreut. Die serbische Anerkennung, die ihm knapp zehn Jahre zuvor den Posten als jugoslawischen Präsident gesichert hatte, verweigerte er seinem späten Nachfolger. Wäre Vojislav Kostunica zu einem bilateralen Treffen nach Zagreb gekommen, so Mesic, "hätten wir völlig andere Forderungen an ihn gestellt". Die dürften nach der Geberkonferenz für Jugoslawien kommende Woche nicht geringer werden.

Markus Bickel

Schaufensterbühne in Belgrad, Oktober 2000: Ist das die Revolution?



(Foto: epa)

## Vierte Geberkonferenz in Brüssel

29 Staaten, darunter alle EU-Mitglieder, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Slowenien, Ungarn, die USA u.a., beschlossen am 30. Juli 1999 in Sarajewo förmlich den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Jugoslawien wurde erst nach dem Sturz von Präsident Slobodan Milosevic im Oktober 2000 in den Pakt aufgenommen.

Eine ganze Reihe internationaler Organisationen schlossen sich dem Pakt an, der "Staaten in Südosteuropa bei ihren Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstands stärken, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen" helfen will. Neben der UNO, der NATO, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank u.a. ist so auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) vertreten.

Nach zwei Geberkonferenzen 1999 begann mit der dritten Geberkonferenz im März 2000 die "Stunde der Wahrheit" (Bodo Hombach) für den Pakt: Ausgestattet mit 2,4 Milliarden Euro sollte der Umstieg von der Planungs- in die Implementierungsphase geschafft werden.

Am 29. Juni findet in Brüssel die 4. "Geberkonferenz für Jugoslawien" statt, die von Europäischer Kommission und Weltbank geleitet wird. Hier werden voraussichtlich Jugoslawien rund vier Milliarden US-Dollar für die kommenden drei bis vier Jahre in Aussicht gestellt.

BODO HOMBACH

# Perspektive EU als Licht am Ende des Tunnels

**Im Vorfeld der 4. "Geberkonferenz für Jugoslawien" sprach WOXX mit dem Koordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, Bodo Hombach.**

*Nach Ansicht der Weltbank braucht die Bundesrepublik Jugoslawien mindestens vier Milliarden Dollar, um die lahrende Wirtschaft in den kommenden drei, vier Jahren wieder in Schwung zu kriegen. Kriegen Sie das Geld auf der Geberkonferenz kommende Woche zusammen?*

Die Weltbank hat ihre Schätzungen absichtsvoll orientiert an dem, was machbar, an dem also, was, realistisch betrachtet, aufzubringen ist. Da die aktive Teilnahme der USA aber noch nicht feststeht, ist die Finanzierung der Konferenz noch nicht ganz gesichert. Allerdings muss man sagen: Soviel Geld, um die Probleme in Südosteuropa zu stabilisieren, gibt es ohnehin nicht. Der Kern der Hilfe kann nur sein, dass das Geld als aktivierende Maßnahme eingesetzt wird. Nehmen Sie das Beispiel des Wiederaufbaus des deutschen Ostens. Da sind 1.000 Milliarden Mark sinnvollerweise investiert worden, und dennoch stellen wir fest, dass es mit Geld alleine nicht getan ist.

**1.000 Milliarden Mark werden aber weder für Jugoslawien, noch für ganz Südosteuropa zusammenkommen in den nächsten zehn Jahren.**

Ganz gewiss nicht. Deshalb ist es auch so wichtig, verantwortlichen Politikern dort ein kluges Erwartungs-

management anzuraten. Gleichzeitig dürfen wir selbst nicht die Illusion wecken, die EU würde mit einem Füllhorn übers Land reisen. Die 2,4 Milliarden Euro, die der Stabilitätspakt im März letzten Jahres bekommen hat, sind zwar viel zu viel, um zu sagen, der Westen hilft nicht, viel zu viel, um undankbar zu sein. Aber viel zu wenig, um zu glauben, die Probleme würden gelöst.

**"Das Interesse der Wirtschaft aus Europa, aber auch der USA an Serbien ist besonders groß."**

**Ist die Bereitschaft, in Serbien zu investieren, größer als beispielsweise im Kosovo?**

Im Prinzip ja. Das Interesse der Wirtschaft aus Europa, aber auch der USA an Serbien ist besonders groß. Seit der Regierungsübernahme Kostunicas im Oktober letzten Jahres habe ich ungefähr zehnmal so viele Anfragen aus der Wirtschaft bekommen als für alle anderen südosteuropäischen Länder in einem Jahr zuvor. Wahrscheinlich hängt das damit zusammen, dass Serbien einmal relativ reich und relativ frei war. Ich kenne Leute aus Ungarn, die sagen: Vor 12 Jahren noch haben wir neidisch nach Serbien, nach Jugoslawien geguckt. Heute herrscht in Serbien so eine

Art Nachkriegs-Wiederaufbaustimmung. Da geht es tatsächlich darum, an alte Strukturen wiederanzuknüpfen, während es in anderen Teilen Südosteuropas nicht um Wiederaufbau, sondern um Neuaufbau geht.

**Neben der Hilfe zur Selbsthilfe setzt der Stabilitätspakt auf die mittelfristige Assoziierung der südosteuropäischen Staaten an EU und NATO. Bietet das denn überhaupt eine Perspektive angesichts der Tatsache, dass zunächst einmal die osteuropäischen Staaten auf der Warteliste stehen?**

Die Perspektive der EU und der NATO-Mitgliedschaft für all diese Transformationsstaaten ist das Licht am Ende des Tunnels. Sie gibt Orientierung und schafft die Bereitschaft, auch Schwierigkeiten beim Übergang in Kauf zu nehmen. Und sie diszipliniert, weil jeder, der in diese Wertegemeinschaft hinein will, bereits jetzt akzeptiert, dass er grundlegende demokratische Prinzipien annehmen muss - sowie die Bereitschaft zur guten Nachbarschaft. Das Licht darf für niemanden erlöschen, denn wenn diese Orientierung ausfiele, wäre das Chaos programmiert.

**Die USA haben im Gegensatz zu Ihnen und der EU die finanzielle Hilfe für Jugoslawien immer an die Kooperation des Landes mit dem UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag geknüpft.**

Ich habe immer dafür plädiert, Jugoslawien Zeit zu geben, um seine Verfassung so zu ändern, dass eine Zusammenarbeit mit Den Haag möglich ist. Ich fühle mich in meiner Haltung bestärkt, unternimmt die jugoslawische Regierung inzwischen doch alle Anstrengungen, diese rechtsstaatlichen Grundlagen zu schaffen.

**Wie schon bei der Festnahme Milosevics drückt die Regierung in Belgrad doch vor allem deshalb aufs Tempo, weil der Druck aus Washington so groß ist.**

Ich halte sehr viel von harter, klarer und sauberer Konditionalität. Die Sprache: "tust du das, dann tun wir das" wird verstanden. Deswegen habe ich auch keine Kritik an der Haltung der USA anzumelden. Wogegen ich mich damals gewandt habe, war die Aussage, dass man erst dann mit der Hilfe beginnt, wenn Milosevic in Den Haag im Gefängnis sitzt.

**Glauben Sie denn, dass internationale Bürokratie und Militärs auf dem Balkan über das Stadium der Krisenverwaltung jemals hinauskommen werden?**

Wir wären natürlich froh, wenn wir uns institutionell irgendwann einmal überflüssig machen, weil Strukturen herrschen, die das Ganze besser tragen, als wir es können.



Seit 1999 Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa: Bodo Hombach. (Foto: epa)

Mein Rat ist deshalb, so schnell wie möglich die Verantwortung zurück zu delegieren an die verantwortlichen Kräfte vor Ort, auch wenn man beispielsweise im Kosovo noch ziemlich lange für Ordnung sorgen müssen. Es muss aber parallel dazu klar sein, dass der Kosovo ökonomisch auf enge Kooperation mit seinen Nachbarn angewiesen ist. Die Vorstellung einiger kosovo-albanischer Politiker, sie könnten eine Art Insel bilden, um dann, wie sie selbst sagen, als "Staat Europas", direkt an Brüssel angedockt zu sein, entspringt reiner Phantasie.

**"Wer jetzt Grenzen in Frage stellt, oder auch Grenzen auf ewig festschreiben möchte, der hantiert mit Feuer in der Nähe eines Pulverfasses."**

**Diese Phantasievorstellung aber hat in den letzten Monaten neue Anhänger gefunden. Wie wollen Sie den Bestrebungen der albanischsprachigen Sezessionisten in Mazedonien Herr werden, bestehende Grenzen zu ändern?**

Wer jetzt Grenzen in Frage stellt, oder auch Grenzen auf ewig festschreiben möchte, der hantiert mit Feuer in der Nähe eines Pulverfasses. Ich plädiere daher dafür, in dieser Frage Zeit zu gewinnen und zunächst an konkreten Aufbauprojekten zu arbeiten, die Grenzen weniger wichtig machen: grenzüberschreitender Verkehr, Infrastruktur, Energievernetzung und Freihandel. In einer zweiten Stufe könnte dann über die Frage geredet werden, welche Autonomie letztlich möglich ist.

**Sie fürchten also nicht, dass großalbanische Tendenzen zu einem neuen Krieg auf dem Balkan führen?**

Auch wenn wir uns in Mazedonien in einer Borderline-Situation befinden, die ich nicht herunterspielen will, würde ich noch nicht von einem Bürgerkrieg sprechen. Außerdem muss man erstmal sortieren, worum es sich bei der großalbanischen Frage eigentlich handelt. Um es kurz zu machen: Ich habe überall, in Tirana, in Tetovo, in Pristina und Skopje, nach Großalbanien gefragt, doch nur bei einigen Intellektuellen im Umkreis der Universität Pristina bin ich fündig geworden. Sie haben mir ein paar Papiere in die Hand gedrückt, in denen Großalbanien als Vision herumspukete.

Doch als ich dann konkreter nachfragte, stellte ich fest, dass sie gar nicht von Tirana regiert werden wollen. Ganz im Gegenteil: Die Intellektuellen von Pristina rümpfen die Nase über ihre albanischen Brüder. Auch die albanische Minderheit in Mazedonien fordert nicht den Anschluss an Albanien, sondern nur, dass sie Mazedonier mit allen Rechten sein können. Gerade deshalb mein Appell, die bisherigen Formen präventiver Diplomatie materiell noch viel stärker auszustatten. Und dabei keine Angst vor dem Steuerzahler zu haben: Denn das ist immer noch unendlich viel billiger als in die Kriegsfolgenbeseitigung zu investieren.

Interview: Markus Bickel